

Der Widerstand der Kommunistischen Partei

(Weitere grundlegenden Informationen stammen aus folgenden Publikationen: Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, 2. verbesserte Auflage, Frankfurt am Main 1970; Fritz Salm: Im Schatten des Henkers. Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg, 2. verbesserte Auflage, Frankfurt am Main 1979).

Da die Mannheimer Kommunisten, der Leitlinie ihrer Partei folgend, in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nur eine neue Form des Faschismus als höchste Stufe des Kapitalismus sahen, glaubten sie, auf den Aufbau eines illegalen Netzwerks verzichten zu können. Am 30. Januar 1933 demonstrierten etwa 10.000 Mannheimer Teilnehmer einer „Kampfdemonstration“ gegen die „Machtübertragung“ und skandierten „Fort mit Hitler“. Doch der immer stärker werdende Druck ihrer Verfolger erzwang wenige Tage später doch die Überführung der Parteiarbeit in die Illegalität. Dieser Prozess war indes noch nicht abgeschlossen, als der Reichstagsbrand die Situation verschärfte: Bis April 1933 verhafteten Polizei und SA im Reich nahezu 8.000 Funktionäre der KPD, unter ihnen rund 900 aus dem Bezirk Baden/Pfalz. In sogenannte „Schutzhaft“ genommen wurden in Mannheim der Reichstagsabgeordnete Walter Chemnitz, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Paul Schreck, die Mitglieder des badischen Landtags Georg Lechleiter, Antonie Langendorf und Robert Klausmann, sowie der Organisationsleiter Karl Schneck und der Chefredakteur Fritz Apelt. Damit war die streng zentralistisch aufgebaute Partei quasi „enthauptet“ und musste im Untergrund nicht nur eine neue Organisation aufbauen, sondern auch fast die gesamte Führungsspitze erneuern.

Da die KPD bei den Märzahlen trotz aller Terrormaßnahmen – gerade auch in Mannheim – gut abschnitt, glaubten die neuen Spitzenfunktionäre an ein baldiges Ende des Hitlerfaschismus und intensivierten ihren Kampf. Neben dem Kleben von Zetteln, mit Losungen wie „Fort mit Hitler“ oder „Hitler bedeutet Krieg“, dem Verteilen von Flugblättern und Broschüren, Mitteln der Informationen und politischen Agitation, kam es immer wieder zu Kurzdemonstrationen, die öffentlich machten, dass die KPD „nach wie vor da ist“. Dass diese Machtdemonstrationen es den Verfolgern jedoch leicht machten, ihre ideologischen Gegner zu verhaften, überrascht nicht.

Ganz gab die Partei ihre zentralistische Organisationsstruktur nicht auf, auch wenn diese jetzt mehr und mehr dem Stadtteilprinzip wich. Am langfristig wirksamsten sollte sich dabei die Ortsgruppe Waldhof-Gartenstadt erweisen, in der sich mit Georg Lechleiter, Max Winterhalter, Daniel Seizinger und Jakob Faulhaber der Kern der späteren „Lechleiter-Gruppe“ bereits Mitte der 1930er Jahre zusammenfand. Mehr und mehr konzentrierte sich ihre Widerstandsarbeit auf den Erhalt der Organisation, der Kassierung der Beiträge zur Unterstützung der Angehörigen von Inhaftierten, der Kommunikation mit den Genossinnen und Genossen sowie ihrer Information durch das Verbreiten von Druck-, Tarn- und Flugschriften sowie Flugblättern. Doch bis 1936 schwächten mehrere Verhaftungswellen die Aktionsfähigkeit merklich, wengleich die Mitglieder von Unter- und Nebenorganisationen wie der „Roten Hilfe“, der „Internationalen Arbeiterhilfe“ und vor allem dem „Kommunistischen Jugendverband“ (KJVD) in die Bresche sprangen und wichtige Aufgaben übernahmen. Aber auch ihre personellen Ressourcen waren bald erschöpft, sodass der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe am 30. Oktober 1936 feststellen konnte:

„In den Landesgerichtsbezirken Mannheim und Heidelberg hat nach meinen Beobachtungen in den letzten Monaten die organisierte Tätigkeit sowohl der KPD wie der SPD stark nachgelassen. Es hat den Anschein, als ob es besonders in

Mannheim, dem früheren Sitz der Bezirksleitung der KPD gelungen ist, durch die Verhaftung des Heizers Friedrich Abel und seines Anhangs, der KPD einen schweren Schlag zu versetzen.“ (Zitiert nach Erich Matthias und Hermann Weber (Hgg.): *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim*, Mannheim 1984, S.288).

Nicht übersehen werden darf dabei überdies, dass 1936 einige vor allem junge Genossen Deutschland verließen, um in Spanien in den „Internationalen Brigaden“ gegen die Putschisten General Francos und seine faschistischen bzw. nationalsozialistischen Helfershelfer zu kämpfen.

Die Lechleiter-Gruppe

Zur Entstehung der Gruppe

Völlig ausgeschaltet war der kommunistische Widerstand damit aber nicht, vor allem weil viele Funktionäre nach dem Verbüßen ihrer zum Teil mehrjährigen Haftstrafen in ihre Heimatstadt zurückkehrten und hier vorsichtig neue Kontakte zu alten wie neuen Mitstreitern zu knüpfen begannen. Dabei scheint der Einfluss der Emigrationsleitung nach und nach geschwunden und nach Kriegsbeginn wohl ganz zum Erliegen gekommen zu sein. Bis 1940 blieben die Kontakte der Mannheimer Genossen locker und beschränkten sich auf sporadische Zusammentreffen zur Diskussion der politischen Lage, zumal der Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes viele in tiefe Selbstzweifel und Gesinnungskonflikte stürzte. Erst mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion war ihre „Welt wieder in Ordnung“ und so verwundert es nicht, dass Georg Lechleiter sein 1940 einsetzendes Bemühen zum Wiederaufbau der „Roten Hilfe“ im Herbst 1941 intensivierte und zusammen mit Jakob Faulhaber daran ging, in Mannheim den kommunistischen Widerstand zu reorganisieren.

Dabei sollte der Wiederaufbau zunächst auf kleinste Betriebsgruppen bzw. -zellen (je drei Mann) beschränkt bleiben, die untereinander keine Verbindungen haben, sondern nur mit der Gruppenleitung Kontakt halten sollten. Nur in Großbetrieben sollte die Zusammenfassung in Gruppen mit einer wiederum von drei Mann gebildeten Führung möglich sein. Um sich der Zuverlässigkeit der Mitglieder so genau wie möglich zu versichern, sollte für potentielle Mitglieder gar eine Probezeit eingeführt werden. In wie vielen Mannheimer Betrieben in den nächsten Monaten Widerstandszellen entstanden, ist aufgrund der schwierigen Quellenlage sowie widerstreitender Aussagen in den Prozessen und den Erinnerungen Überlebender nur schwer möglich.

Als gesichert darf jedoch gelten, dass es Ludwig Moldrzyk gelang, bei der Lanz AG mit Anton Kurz und Eugen Sigrist und sechs weiteren Belegschaftsmitgliedern eine Betriebszelle aufzubauen. Er machte Lechleiter auch mit dem bei der Firma Brown Boverie & Cie beschäftigten Schlosser Robert Schmoll bekannt, der in seiner Firma ebenso eine Zellengründung in Angriff nahm wie der Schlosser Rudolf Maus im Strebelwerk. Wie erfolgreich sie waren, kann jedoch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Zur Genese des „Vorboten“

Erfolgreicher, wenngleich mit enormem logistischen Aufwand verbunden war demgegenüber das gemeinsame Vorhaben Lechleiters und Faulhabers, „zur Unterstützung ihrer illegalen Tätigkeit als interne Informations- und Argumentationshilfe eine „Zeitung“ herauszugeben“ (ebd., S.332). Zu diesem Zweck

gewann man neben den ehemaligen KPD-Funktionären Rudolf Langendorf, Ludwig Moldrzyk, Anton Kurz, Max Winterhalter, Daniel Seizinger, Johann Kupka auch die zuvor parteilosen Arbeiter Eugen Sigrist und Alfred Seitz sowie die ehemaligen Sozialdemokraten Philipp Brunnemer und dessen Tochter Käthe Seitz. Für die Vergrößerung der Gruppe waren wohl nicht so sehr Sympathien für eine Volksfront als vielmehr praktische Gründe. Die zuvor nicht organisierten Mitglieder waren den Verfolgungsbehörden unbekannt und Philipp Brunnemer und dessen Tochter kam bei der Herstellung der Zeitung entscheidende Bedeutung zu: Käthe Seitz tippte die Manuskripte, die vornehmlich Lechleiter verfasste und Kupka von Mannheim nach Heidelberg brachte, auf der Schreibmaschine Jakob Faulhabers auf Matrizen, die Kupka dann Winterhalter, Maus und Brunnemer aushändigte. In seinem Keller in der Gartenstadt stand der Vervielfältigungsapparat; die Abzüge wurden an Faulhaber übergeben, der sie an Lechleiter weiterleitete. Um möglichst wenig Verdacht zu erregen, kaufte Winterhalter die für die Herstellung notwendigen Materialien wie Matrizen, Farben oder Papier in kleinen Mengen in verschiedenen süddeutschen Städten ein. Dafür verwendete man einen Teil des Geldes, das für die „Rote Hilfe“ gespendet wurde. Die fertigen Zeitungen verteilten die Mitglieder der Gruppe vornehmlich an ihrem Arbeitsplatz. Die Auflagen der bis Dezember 1941 hergestellten vier Ausgaben der Zeitung schwankten wohl zwischen 50 und 200 Exemplaren.

Dass die Zeitung ein Organ der illegalen KP war, ist trotz der Beteiligung von Nichtkommunisten nicht infrage zu stellen. Nicht nur der Hinweis im Impressum des Periodikums „Herausgeber KP“, sondern gerade die dominante Rolle Lechleiters, Faulhabers und Langendorfs lassen daran keine Zweifel aufkommen. Bemerkenswerterweise aber stellte man sich mit dem Titel „Der Vorbote“ in eine sehr weit zurückreichende Tradition mit regionalem Bezug, denn den selben Titel trug das ab 1866 in Genf erscheinende „Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation“, der Ersten Internationale. Dessen Herausgeber war Johann Philipp Becker, der in Frankenthal geborene Bürstenbinder, der 1832 beim Hambacher Fest ebenso eine aktive Rolle gespielt hatte wie bei der Revolution von 1848/49. Da sein Name in der Kurpfalz nicht vergessen war, ist die Namensgebung sicherlich kein Zufall – auch wenn eine explizite Bezugnahme fehlt.

Zum Inhalt des „Vorboten“

„Hitler hat den Krieg begonnen, Hitlers Sturz wird ihn beenden!“ Dies war die Losung, mit der man ehemalige und neue Streiter gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen suchte. Der „Vorbote“ sollte dabei mithelfen, *„unseren Genossen die ihnen gestellten Aufgaben zu erleichtern und ihnen eine Waffe zu geben, die sie befähigen werde, sich als Vorbild einer neuen Zeit den Weg zu bahnen zu den Arbeitermassen, damit diese kühn und entschlossen für ihre geschichtliche Aufgabe gesammelt werden können unter der Führung der kommunistischen Partei“* (September-Ausgabe des Vorboten, Blatt 5). Schon diese Charakterisierung aus der ersten Ausgabe macht klar, dass der „Vorbote“ nicht für eine möglichst breite „Öffentlichkeit“ geplant war, sondern als „internes“ Informations- und Schulungsmaterial für zuverlässige Hitlergegner. Sie sollten sich mit Hilfe des „Vorboten“ besser informieren können, zumal Lechleiter in jeder Ausgabe die militärische, wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands anhand der von ihm regelmäßig abgehörten „Feindsendern“ aus Moskau und London (BBC) analysiert und kommentiert wurde.

Im Mittelpunkt rückte dabei vor allem der Russlandfeldzug: Betonte Lechleiter in der September-Ausgabe noch, dass die Lage der UdSSR zwar schwierig, aber nicht hoffnungslos sei, und würdigte er in der Oktober-Ausgabe die Russische Revolution und ihre Errungenschaften, so schienen im Dezember 1941 die Kriegswende erreicht zu sein: in der ersten Offensive der Roten Armee und im Kriegseintritt der USA sah man die untrüglichen Zeichen für die Niederlage Deutschlands.

Darüber hinaus lassen die teilweise von Langendorf verfassten Beiträge zu Wirtschaftsfragen – wie etwa der Artikel „Die geplatzten Nähte“ in der Dezemberausgabe – am ideologischen Charakter des „Vorboten“ keine Zweifel aufkommen. In seinen Ausführungen versuchte er anhand der Handelsbilanzen einiger Mannheimer Firmen den Nachweis zu führen, dass *„die wahren Herrscher vom Dritten Reich, die Herrscher von Kohle und Eisen mitsamt ihrem willfährigen Schwarm mittlerer und kleinerer Ausbeuter [...] unter der Naziherrschaft geradezu unglaubliche Profite aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden“* haben (Dezember-Ausgabe des Vorboten, Blatt 10).

Das bittere Ende

Wer oder was zur Entdeckung der Gruppe beitrug, wer oder was ihr schließlich zum Verhängnis wurde, ist bis heute nicht mit völliger Sicherheit geklärt worden. In Betracht zu ziehen sind drei Faktoren. Zum einen wurde und wird für die Entdeckung der Gruppe die Denunziation des (vermeintlichen) Gestapospitzels Gustav Süß verantwortlich gemacht. Diese (bis jetzt nicht eindeutig bewiesene) Meinung stützt sich vornehmlich auf zwei Kassiber Lechleiters, in denen dieser vor dem Verräter Süß gewarnt haben soll, und die Wiederherstellung der Wehrwürdigkeit des jahrelangen Zuchthaus- und KZ-Häftlings (Juli 1933 bis März 1939, und wieder 2. bis 25. November 1942) Ende November 1942. Zum anderen war der Gestapo bereits zuvor die Dezember-Ausgabe des „Vorboten“ durch die Mitteilung Kurt Burchardts, eines Mannheimer SS-Mannes, bekannt, in dessen Radio- und Elektrogeschäft Daniel Seizinger arbeitete. Da er Burchardt trotz dessen Zugehörigkeit zur SS vertraue, so teilte dieser dem Reichssicherheitshauptamt mit, ja sogar davon ausgehe, dass dieser insgeheim mit ihm (Seizinger) sympathisiere, habe er ihm den „Vorboten“ ausgehändigt, die dieser sofort nach Berlin schickte. Aber die Gestapo gelangte im Januar 1942 nicht zuletzt auf einem anderen Weg in den Besitz von zwei Ausgaben des „Vorboten“. Ernst Hahner hatte zufälligerweise zwei Exemplare in seinem Keller versteckt, als dort elektrische Leitungen verlegt wurden. Die Elektriker entdeckten die beiden Exemplare und der Arbeiter Sorg lieferte sie noch am selben Tag bei der Gestapo ab. Zwar wurde der sofort verhaftete Hahner noch einmal freigelassen und die Gruppenmitglieder konnten ihre Arbeit sofort einstellen und ihre Spuren „verwischen“: Käthe Seitz z.B., die gerade die fünfte Ausgabe des „Vorboten“ tippte, vernichtete das gesamte Material, verkaufte die Schreibmaschine – aber weder Hahner noch sie noch die übrigen Mitglieder der Gruppe entgingen am 26. Februar 1942 der Massenverhaftung von mehr als sechzig Verdächtigen.

In den folgenden Wochen widerstanden nicht alle Verhafteten den zermürbenden und brutalen Verhören der Gestapo, sodass die Anklage Schritt für Schritt Kontur gewann. Nur wenige Wochen später, am 14. Mai 1942, konnte der Vizepräsident des Mannheimer Volksgerichtshofs Engert im Mannheimer Schloss die Hauptverhandlung gegen vierzehn Angeklagte eröffnen. Sie wurden beschuldigt, „ein ‚hochverräterisches Unternehmen‘ in der Absicht vorbereitet zu haben, ‚um mit

Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern“ (Anklageschrift, zitiert nach Erich Matthias und Hermann Weber (Hgg): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S.341). Durch Zeugenaussagen und „Geständnisse“ sowie nicht zuletzt durch die Artikel des „Vorboten“ sah es das Gericht als bewiesen an, dass die „Angeklagten an dem Aufbau einer kommunistischen Organisation in Mannheim“ mitgewirkt, die Beseitigung „der nationalsozialistische[n] Staatsführung mit Gewalt“ angestrebt und die Errichtung eines „Sowjetdeutschland“ geplant hätten (Anklageschrift, zitiert nach ebd., S.341).

Das Verfahren gegen die Lechleiter-Gruppe fand vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs statt, einem schon 1933 eingerichteten Sondergericht, das speziell der politischen Strafverfolgung diene. Volksgerichtshöfe waren vor allem für Hoch- oder Landesverratsachen zuständig, im Laufe des Krieges immer mehr auch für Fälle der „Wehrkraftzersetzung“. Da die Angeklagten in solchen Verfahren aller rechtsstaatlichen Mittel beraubt waren, waren diese sehr kurz. Lechleiter und seinen dreizehn Mitangeklagten standen vier Pflichtverteidiger zur Verfügung, die es jedoch nicht wagten, zugunsten ihrer Mandanten in den Prozessverlauf einzugreifen. So war es nur konsequent, dass der Volksgerichtshof bereits am 2. Verhandlungstag, dem 15. Mai 1942, gegen alle vierzehn Angeklagten die Todesstrafe verhängte, die nach Zurückweisung aller Eingaben und Gnadengesuche in den frühen Morgenstunden des 15. Septembers 1942 in Stuttgart vollstreckt wurde. Den Tod fanden: Georg Lechleiter, Philipp Brunnemer, Jakob Faulhaber, Johann Kupka, Anton Kurz, Rudolf Langendorf, Rudolf Maus, Ludwig Moldrzyk, Robert Schmoll, Käthe und Alfred Seitz, Daniel Seizinger, Eugen Sigrist und Max Winterhalder.

Am 21. Oktober 1942 begann vor dem Ersten Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart der zweite Prozess gegen dreizehn weitere Mitglieder der Gruppe. Und obgleich dieses Gericht im Gegensatz zum Mannheimer Volksgerichtshof kein nationalsozialistisches Sondergericht war, fiel auch hier das Urteil bereits am 2. Verhandlungstag: „Albert Fritz, Richard Jatzek, Ludwig Neischwander, Bruno Ruffer und Frau Henriette Wagner wurden wegen Verteilung des „Vorboten“ zum Tode verurteilt und am 24. Februar 1943 hingerichtet. Georg Fritz, Ernst Hahner und Hermann Müller erhielten Zuchthausstrafen von acht, August Leinz und Otto Quick von sechs, Rudolf Mittel von fünf, Otto Edenhofer von vier, Emil Frey von drei Jahren“ (Erich Matthias und Hermann Weber (Hgg): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S.344f.). Der Prozess gegen Maria Günther wurde von diesem Verfahren abgetrennt, da ihr eine Beteiligung an der Herstellung oder Verbreitung des „Vorboten“ nicht nachgewiesen werden konnte. Sie wurde in einem eigenen Prozess zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie den untergetauchten Daniel Seizinger versteckt hatte.

Mit ihrem Ehemann Rudolf war zunächst auch Anette Langendorf, vor 1933 viele Jahre Abgeordnete der KPD im badischen Landtag verhaftet, dann jedoch wieder freigelassen worden. Da sie sich gegen die Diffamierung ihres Mannes zur Wehr setzte – ein Ortsgruppenleiter der NSDAP behauptete Langendorf habe vor dem Volksgericht um Verzeihung gebeten – wurde sie erneut fünf Wochen inhaftiert und nach dem 20. Juli 1944 schließlich in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verbracht. Nach Kriegsende kehrte sie in ihre Heimatstadt zurück und arbeitete intensiv an deren Wiederaufbau mit.

Die Hinrichtung der Lechleiter-Gruppe markierte den blutigen Schlusspunkt des kommunistischen und sozialistischen Widerstands in Mannheim. Zwar wurden bis zum Kriegsende auch weitere ehemalige Mitglieder der Arbeiterparteien verhaftet oder in Konzentrationslagern ermordet, aber zu nennenswerten Aktionen waren vor allem die Mannheimer Kommunisten nach diesem Blutzoll nicht mehr in der Lage.